



Bürgermeister für den Frieden

Flaggentag der Mayors for Peace 2026



Kundgebung am 8.7.2026 um 12.00 Uhr vor dem Rathaus

Mit einem Grußwort des Bürgermeisters Dr. Andreas Bovenschulte und Redebeiträgen u.a. von Dr. Lars Pohlmeier (IPPNW) und Gerhard Baisch (IALANA)

Mehrere Hundert Städte beteiligen sich am 8. Juli in Deutschland im Rahmen des „Mayors for Peace-Netzwerkes“ an Aktionen zum Hissen der Friedensflagge vor den Rathäusern, um ein Zeichen gegen Atomwaffen zu setzen. Das weltweite Netzwerk mit über 8.000 Städten wurde 1982 vom Bürgermeister der Stadt Hiroshima gegründet. Die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, die 1945 von zwei Atombomben verwüstet, verbrannt und verstrahlt wurden, mahnen uns, alles zu tun, dass dies nie wieder geschieht. Jedoch: Weltweit werden die Atomarsenale aufgerüstet, Atomwaffenabkommen sind gekündigt, Abrüstungsverhandlungen finden nicht statt. Die Kriege in der Ukraine, der Krieg im Iran, die Spannungen zwischen Indien und Pakistan zeigen, wie fragil das sogenannte atomare „Gleichgewicht des Schreckens“ ist. *In Europa werden zunehmend Stimmen laut, eine US-unabhängige eigene Atombewaffnung anzustreben.*

Warum ist der Flaggentag am 8.7.?

Der Internationale Gerichtshof hat am 8. Juli 1996 in einem von der UNO angeforderten Gutachten erklärt, dass der Besitz und der Einsatz dieser Waffen „generell“ völkerrechtswidrig seien. Bei Atomwaffeneinsätzen kann nicht zwischen Kriegsbeteiligten und Zivilist*innen unterschieden werden. Atomwaffen töten unterschiedslos, sie verursachen extreme Qualen, wirken durch die Strahlung unbegrenzt, zerstören die Umwelt, ziehen unbeteiligte Staaten in Mitleidenschaft und können den gesamten Planeten zerstören.

30 Jahre Gutachten des Internationalen Gerichtshof: Atomwaffenbesitz ist völkerrechtswidrig!

Wir fordern:

Atomwaffenverbotsvertrag statt nuklearer Teilhabe!

Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) der UNO ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Dieser Vertrag ist notwendig geworden, weil sich die Atomwaffenstaaten seit über 55 Jahren weigern, der Verpflichtung zu vollständiger nuklearer Abrüstung gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag nachzukommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesem Vertrag beizutreten!

Noch hält die Bundesregierung an der nuklearen Teilhabe in der NATO fest. In Büchel in der Eifel lagern etwa 15-20 Atombomben. Der Flugplatz wurde für über 2 Milliarden Euro nachgerüstet – für die neuen zielgenaueren Atombomben B61-12 und die neuen Kampffjets F-35. Im Sommer kommen die Tornado-Kampfflugzeuge aus Nörvenich nach Büchel zurück, mit denen deutsche Soldat*innen alljährlich den Abwurf der Atombomben üben.

Im Oktober wird sich die Bundeswehr wiederum an dem Atomkriegsmanöver der NATO „Steadfast Noon“ beteiligen. Dagegen werden wir erneut in Nörvenich und Büchel demonstrieren!

Atomwaffen stehen in Widerspruch zum Völkerrecht!

Das Konzept der „nuklearen Teilhabe“ ist völkerrechtswidrig. Gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen darf die Bundesrepublik weder unmittelbar noch mittelbar über Atomwaffen verfügen. In Büchel jedoch wird die mittelbare – und im Ernstfall unmittelbare – Verfügungsgewalt praktiziert. *Jeder Einsatz von Atomwaffen wäre völkerrechtlich ein Verbrechen.*

Friedensinitiative in Unser Lieben Frauen
unterstützt von IALANA (Vereinigung für Friedensrecht),
IPPNW (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges)
und Bremer Friedensforum.